

## Politik will nicht bei K+S intervenieren

**Berlin.** Die Bundesregierung plant einem Bericht zufolge keine Abwehrmaßnahmen gegen den kanadischen Kalikonzern Potash zur Unterstützung des hessischen Salz- und Kaliförderers K+S. Es werde kein Einstieg in das Kasseler Dax-Unternehmen vorbereitet, um die Übernahme durch den Rivalen zu verhindern, berichtete *Die Welt* (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf »informierte Kreise«. Die Regierung wollte den Bericht nicht kommentieren. Am Mittwoch hatte das Bundeswirtschaftsministerium dem *Handelsblatt* Gespräche mit K+S bestätigt. Auch ein Einstieg der staatlichen KfW-Bank sei im Gespräch gewesen, schrieb das Blatt. Politiker äußerten sich aber skeptisch. K+S hatte Anfang Juli Übernahmegespräche mit den Kanadiern abgelehnt, weil die Potash-Offerte mit 41 Euro pro Aktie als zu niedrig erachtet wurde. Auch fehlten Zusagen zum Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen. Derzeit befragt der Kasseler Konzern seine Aktionäre zu den Potash-Übernahmepläne. »Erste Ergebnisse haben wir nicht vor nächster Woche«, sagte ein K+S-Sprecher am Donnerstag.

Unter hessischen Landtagsabgeordneten gibt es den Verdacht, dass die Kanadier vor allem die Kapazitäten von K+S aus dem Markt nehmen wollen. Arbeitsplatzverluste werden befürchtet. K+S hat mehr als 14.000 Mitarbeiter und ist der Konzern im Grenzgebiet von Hessen, Thüringen und Niedersachsen mit den meisten Beschäftigten. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/269464.politik-will-nicht-bei-k-s-intervenieren.html>